

erscheint in:  
Jahrbuch für Pädagogik 2011  
"Menschenrechtspolitik",  
Hrsg. von Jero Stoffers  
und Edgar Weis.

*Ulrich Brand, Markus Wissen*

## Gesellschaftliche Naturverhältnisse und materialistische Menschenrechtspolitik – Zur Kritik der imperialen Lebensweise

### *Die Notwendigkeit materialistischer Menschenrechtspolitik*

Um die staatliche Garantie von Menschenrechten ist es aktuell schlecht bestellt. Diese Aussage gilt nicht erst, seitdem sich nach dem 11. September 2001 unter den Vorzeichen der Terrorismusbekämpfung eine nach innen immer repressivere und nach außen immer aggressivere nationalstaatliche Politik durchgesetzt hat. Schon vorher wurden liberaldemokratische Essentials durch die kapitalistische Globalisierung zunehmend untergraben: Durch eine Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse hin zu (weltmarktorientiertem) Kapital und konservativen Kräften, die Schwächung der repräsentativen Demokratie, die Stärkung der staatlichen Exekutiven gegenüber der Legislative, eine scheinbar wenig Alternativen ermöglichende Politik knapper öffentlicher Mittel. Man könnte in Anlehnung an Joachim Hirsch (1995) von einem autoritären Wettbewerbsstaat sprechen. Auch über die internationale Ebene wurden mit der Gründung von Organisationen wie der WTO oder der Europäischen Zentralbank in den 1990er Jahren „Sachzwänge“ institutionalisiert, die den ohnehin schon engen Spielraum, den progressive Kräfte in den nationalen repräsentativ-demokratischen Institutionen besaßen, noch weiter einschränkten. Die „globale Enteignungsökonomie“ (David Harvey 2003) konstituiert sich also nicht über „entfesselte Märkte“, sondern über komplexe politische, ökonomische wie auch kulturelle Strukturen und Prozesse.

Es wäre daher verfehlt, die nationalstaatliche Politik zum Opfer der Globalisierung zu stilisieren, in den Chor der KritikerInnen eines europäischen oder globalen Demokratiedefizits einzustimmen und damit einen Gegensatz zwischen demokratisch-nationalstaatlichen und oligarchisch-supranationalen Institutionen zu konstruieren. Die Nationalstaaten sind nach wie vor die zentralen Terrains sozialer Auseinandersetzungen und international die wichtigsten weltpolitischen Akteure. In supra- und internationalen Organisationen verdichten sich die Interessen und Kräfteverhältnisse nationaler Machtblöcke. Und letztere sind es, die die Sachzwänge der kapitalistischen Globalisierung verinnerlichen und sie im Sinne eines „introvertierten Imperialismus“ (Narr 2003) in ihren jeweiligen heimischen Politikarenen durchzusetzen versuchen.

Das Leerlaufen liberaldemokratischer Institutionen ist nichts prinzipiell Neues. Es wird allerdings durch die Entwicklungen der letzten Jahre akzentuiert.

Ebenso ist ein materialistischer Menschenrechtsbegriff keine neue Idee. Aber die gegenwärtige politische Situation unterstreicht seine Aktualität und die Notwendigkeit, über die Ansatzpunkte, Inhalte und Formen materialistischer Menschenrechtspolitik nachzudenken sowie entsprechende soziale Praktiken zur Kenntnis zu nehmen und zu stärken. Dies gilt gerade auch in einer Situation, in der angesichts der sozio-ökonomischen und ökologischen Verwerfungen des neoliberalen Kapitalismus in den herrschenden Institutionen und Parteien die Bereitschaft zu zunehmen scheint, die Globalisierung sozial und umweltpolitisch zu „gestalten“ (vgl. zur entsprechenden Diskussion um den Begriff Governance Demirovic/Walk 2011).

Wir beschäftigen uns im Folgenden mit der Frage, welche Impulse zur Konkretisierung materialistischer Menschenrechtspolitik von den globalen sozialen Bewegungen ausgehen, die sich – nach einem langen „Gärungsprozess“ – seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu wichtigen, global vernetzten und wahrgenommenen politischen Akteuren entwickelt haben. Unser besonderes Interesse gilt dabei den Kämpfen um eine andere, weniger herrschaftsförmige Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Diese Kämpfe gewinnen ihre Bedeutung nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die ökologische Krise, vor allem der Klimawandel, in der jüngsten Vergangenheit zu einem wichtigen Bestandteil der staatlich-politischen Agenda geworden ist und hier – weitgehend losgelöst von Verteilungsfragen – symbolisch oder technokratisch bearbeitet wird. Wir untersuchen zunächst den Stellenwert, den die ökologische Krise in den globalen sozialen Bewegungen einnimmt, um davon ausgehend den sozialen Gehalt ökologischer Konflikte herauszuarbeiten. Sodann fragen wir danach, welche Einsichten diese Konflikte für eine materialistische Menschenrechtspolitik bereithalten und welche Folgerungen daraus für eine Lebensweise zu ziehen wären, die wir als eine „imperiale“ kennzeichnen. Abschließend erörtern wir einige Aspekte von Bildungsaufgaben, wie sie sich uns aus den analysierten weltgesellschaftlichen Problemfeldern stellen.

(X)

S. 136

#### *Globale soziale Bewegungen und der soziale Gehalt ökologischer Konflikte*

In den nördlichen Teilen der globalisierungskritischen Bewegung führten ökologische Fragen zunächst ein Schattendasein. Im Vordergrund stand die Beschäftigung mit den „vermeintlich harten ökonomischen Fakten“, das Ökologie-Thema schien seinen kritischen Stachel verloren zu haben und wurde „allenfalls noch als Nebenwiderspruch geduldet“ (Görg 2003: 70). Das hat sich in vergangenen Jahren verändert. In Zeiten umweltpolitischer Diskursverschiebungen, wie sie sich zuletzt in der Rezeption des Stern-Reports (2006) über die ökonomischen Kosten

des Klimawandels, der Berichte des Weltklimarats (IPCC 2007, vgl. auch Brunnengräber 2007), der Prominenz des Klima-Themas beim G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm und dann insbesondere mit den massiven Protesten am Rande der 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention im Dezember 2009 in Kopenhagen ausdrückten, kommen soziale Bewegungen und NGOs an einer eingehenden Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen nicht mehr vorbei.<sup>1</sup> Sichtbares Zeichen hierfür sind in Deutschland die vier „McPlanet.com“-Kongresse der Jahre 2003, 2005 und 2007, 2009, in denen jeweils 1500 bis 2000 Menschen auf Einladung unter anderem von Attac, von Umweltverbänden und der Heinrich-Böll-Stiftung über die ökologische Krise diskutierten.

Diese Diskussion verlief bislang recht spannungsreich. Auf der einen Seite ging es – vor allem auf dem „McPlanet.com“-Kongress 2007 – darum, den Bogen zwischen Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und Globalisierung zu spannen, die ökologische Frage also menschenrechtlich-konkret mit der sozialen zu verknüpfen. Auf der anderen Seite wird dieses Bemühen überlagert von grünen Positionen einer ökologischen Modernisierung, die dazu tendieren, eine Allianz aus Umweltverbänden, innovativen Unternehmern, aufgeklärten Energie-Managern und ökologisch sensiblen Finanzinvestoren zum „solar-revolutionären“ Subjekt zu stilisieren.<sup>2</sup>

Welche dieser beiden Positionen perspektivisch die Oberhand gewinnt, ist keineswegs ausgemacht. Die mit Macht auf die offizielle staatliche Agenda drängende Ökologie-Frage und die damit verbundenen Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit über Umweltprobleme haben in der kapitalismuskritischen Linken die Suche nach einer Positionsbestimmung ausgelöst. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima dürfte diesen Prozess noch beschleunigen. Auf NGO-Seite hat die Positionsbestimmung schon viel früher begonnen und ist entsprechend weiter fortgeschritten.<sup>3</sup> Dass der Klimawandel ein Gerechtigkeitsproblem ist, wird auch hier erkannt. Allerdings wird dabei nicht selten auf einer raum-zeitlich höchst abstrakten Ebene argumentiert: Die nachfolgenden Generationen und die Entwicklungsländer sind diejenigen, die die Folgen des heute von den Industrieländern verursachten Klimawandels an erster Stelle zu tragen haben. Eine weitere Differenzierung von Betroffenheiten findet kaum statt. Ebenso wenig werden die vielfältigen sozialen Kämpfe, die sich bereits heute an ökologischen Problemen entzünden, thematisiert. Statt die vielen kleinen Katastrophen, die der Klimawandel derzeit vielerorts bewirkt, zu benennen, wird meist die große künftige Katastrophe beschwört, die es durch einen „gesellschaftlichen Aufbruch“ abzuwenden oder zumindest in bearbeitbaren Grenzen zu halten gelte. So ist es denn nur folgerichtig, dass nicht, machtanalytisch fundiert, konkrete soziale Rechte eingefordert werden, sondern abstrakt moralisierend von „globaler Gerechtigkeit“ und einer „solidarischen Weltgesellschaft“ gesprochen wird. Eine jüngere Version

ff 4

dieser Perspektive sind Vorschläge für einen *Green New Deal*, demzufolge ein politischer Ordnungsrahmen entwickelt werden soll, damit ProduzentInnen und KonsumentInnen sich ökologisch verhalten (vgl. Green New Deal Group 2008, UNEP 2009; kritisch Kaufmann/Müller 2009, Brand 2011: 117-121).

Ein gänzlich anderes Verständnis der ökologischen Krise findet sich oft bei denen, zu deren „Anwälten“ sich die an der Klima-Allianz beteiligten Akteure gern erklären: bei den „Armen“ des globalen Südens. Ökologische Probleme werden hier viel stärker als Verteilungskonflikte betrachtet, in denen die je konkreten, als problematisch erachteten gesellschaftlichen Naturverhältnisse selbst zur Disposition stehen. Ob es sich um Konflikte um die Landverteilung, um die Versorgung mit sauberem Trinkwasser oder um den Erhalt der biologischen Vielfalt handelt – immer spielt die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und damit die Frage sozialer Rechte eine wichtige Rolle. Über Akteure wie die internationale kleinbäuerliche Bewegung La Vía Campesina, NGOs wie das Third World Network und Focus on the Global South oder kritische Intellektuelle wie Vandana Shiva hat ein solches Verständnis der ökologischen Krise auch Eingang in die globalen sozialen Bewegungen gefunden. Seit einiger Zeit findet es auch Widerhall im Norden, in Deutschland etwa in Initiativen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung und der Bahn, in der von Attac durchgeführten Kampagne für die Enteignung und Demokratisierung der Energieversorgung oder in den Vorschlägen und Praktiken alternativer Landwirtschaft (vgl. zu vielfältigen Diskussionen Adler/Schachtschneider 2010).

Zwei wichtige Implikationen eines solchen Verständnisses der ökologischen Krise sollen hier hervorgehoben werden, bevor dessen Bedeutung für eine materialistische Menschenrechtspolitik erörtert wird. Erstens: Während im politischen (und wissenschaftlichen) Mainstream Umweltprobleme als Störungen verstanden werden, die sich infolge menschlicher Eingriffe in Ökosysteme ergeben – es wird mithin ein sozial nicht weiter vermittelter Zusammenhang zwischen menschlichen Eingriffen und ökologischer Krise unterstellt –, werden aus kritischer Perspektive die gesellschaftlichen Verhältnisse thematisiert, unter denen diese Eingriffe stattfinden. Ausgehend von konkreten Konflikten und Betroffenheiten wird aus dieser Perspektive also gefragt, wie sich Herrschaftsverhältnisse in „Umweltprobleme“ einschreiben. Dadurch wird z.B. der Biodiversitätsverlust nicht mehr nur als globales Bedrohungsszenario sichtbar, sondern auch als Frage der Kontrolle über genetische Ressourcen. Wie gestaltet sich letztere: exklusiv und basierend auf strengen geistigen Eigentumsrechten, wie sie im TRIPS-Abkommen der WTO<sup>4</sup> kodifiziert werden, oder demokratisch, indem die Rechte etwa von indigenen Gemeinden oder Kleinbäuerinnen und Kleinbauern beachtet werden, die mit ihrer seit Generationen währenden Züchtungspraxis die heutige biologische Vielfalt zum großen Teil erst hervorgebracht haben? Nach dem sozialen Gehalt der öko-

logischen Krise zu fragen, ist keineswegs ein Selbstzweck, sondern eine entscheidende Voraussetzung, um zu begreifen, dass sich soziale Herrschaftsverhältnisse wesentlich auch darüber herstellen und reproduzieren, wer den Zugang zu natürlichen Ressourcen kontrolliert (Görg 2003; Bryant/Bailey 1997: Kap. 2; Wissen 2011). Erst dann werden durch den Begriffsnebel „globaler Umweltprobleme“ und einer „solidarischen Weltgesellschaft“ hindurch die praktizierten vielfältigen Widerstandsformen gegen eine herrschaftsförmige Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse überhaupt wahrnehmbar.

Die zweite Implikation eines radikaldemokratischen, an sozialer Gerechtigkeit orientierten Zugangs zur ökologischen Krise liegt in der Einsicht, dass nicht nur ökologische Konflikte einen sozialen Gehalt, sondern auch viele soziale Konflikte eine wichtige ökologische Dimension besitzen. So ist der Konflikt um die Privatisierung der Bahn auch einer um die Gestaltungsmöglichkeiten des gesellschaftlichen Naturverhältnisses Mobilität. Die Ausrichtung kleinbäuerlicher Landwirtschaft am Weltmarkt etwa zeigt sich dann als ein sozialer und ökologischer Konflikt um konkrete Lebens-, Produktions- und Konsumweisen an verschiedenen Orten der Welt, die für den Erhalt der biologischen Vielfalt entscheidend sind: „Farmers' control over seeds is a source of diversity and autonomy. It allows farmers to select plants, each season, for their adaptation to the local environment and land.“<sup>5</sup> Damit geraten vielfältige Strukturmuster und Konfliktlinien in den Blick. Rechte, die die Verfügung über genetische Ressourcen regeln, sind zugleich „entscheidende Vermittlungsvariablen zwischen dem praktischen Interesse an Ressourcenerhalt und gerechteren sozialen und Geschlechterverhältnissen“ (Wichterich 1994: 45). Soziale Konflikte haben also einen wichtigen ökologischen Gehalt. Sie können auf Möglichkeiten eines weniger herrschaftsförmigen Umgangs mit Natur verweisen, der vom politischen und wissenschaftlichen Mainstream entweder vernachlässigt oder als Nischenstrategie abgetan wird. In den herrschenden Interpretationen und Politikansätzen, denen zufolge es ums Ganze (die Welt, die Zukunft der Menschheit etc.) und zwar ganz schnell geht, wird über diese Konflikte und ihre sozialen Gehalte gern hinweg gesehen.

Wer auf dem Zusammenhang zwischen sozialen und ökologischen Fragen besteht, leugnet damit keinesfalls, dass es sich bei der ökologischen Krise, vor allem beim Klimawandel, um ein Problem handelt, das sich in absehbarer Zeit noch dramatisch verschärfen wird, sofern die globalen Treibhausgasemissionen nicht heute erheblich reduziert werden. Die schon genannten Studien weisen nachdrücklich darauf hin, dass es schon in den nächsten Jahren ökologische „Kipppunkte“ geben kann, nach denen in bestimmten Regionen sich das Klima dramatisch verändert. Zudem ist rasches politisches und ökonomisches Handeln notwendig, weil durch anstehende enorme Investitionen in Infrastruktur- und Energiesysteme Pfade für zukünftige Entwicklungen festgelegt werden. Gerade

von

dabei ist eine menschenrechtlich-radikaldemokratische Thematisierung des Klimawandels, die sich technokratischen Modernisierungsvorstellungen entgegen stellt, *notwendig und möglich*.

(14)

Die aktuellen klimapolitischen Debatten sind auch deshalb wichtig, weil sich darin zeigt, dass in bestimmten Konflikten sich die unterschiedlichen Entwicklungsvorstellungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gleichsam verdichten. Hier kommen die verschiedenen Vorschläge auf den Tisch, wie Gesellschaft gestaltet werden soll. Klimapolitik ist deshalb weit mehr als „nur“ der effektive Umgang mit dem von Menschen verursachten Treibhauseffekt. Es ist ein Terrain, auf dem in einem viel umfassenderen Sinne um die Zukunft der (Welt-)Gesellschaft gestritten wird (Wissen 2010).

Es müsste/radikaldemokratischer Politik daher/gelingen, das Klimaproblem vielfach zu verknüpfen: mit Fragen der (nicht-)demokratischen Gestaltung der Gesellschaft, der Verfügung über Eigentum, der Rolle ressourcenintensiver Industrien, aber auch der Finanzmärkte beim Raubbau an Natur, mit Diskussionen über ein gutes Leben und nicht zuletzt mit der Frage von Krieg und Frieden, denn viele Kriege werden um Ressourcen und die Aufrechterhaltung der bestehenden weltweiten Ressourcen- und Energieordnung geführt. Auch Klimafragen, das müsste die Perspektive sein, sind Macht- und Herrschaftsfragen. Beim Treibhauseffekt handelt es sich nicht nur um einen Kollateralschaden von Wirtschaftswachstum und Wohlstand, sondern um die Folge von bewussten Strategien und gesellschaftlich tief verankerten Wahrnehmungen des Umgangs mit Natur, welche diese zuvorderst als ausbeutbare Ressource ansehen. Es geht auch hier um die Frage, wer gesellschaftliche Werte herstellt, wer sie aneignet und wem sie enteignet werden.

aus der  
skizzierten  
Perspektive

aus  
(14)

*Ökologische Konflikte, soziale Rechte und Perspektiven  
materialistischer Menschenrechtspolitik*

Damit stellt sich die Frage der Demokratie. Wer bestimmt über Produktion und Investition, wer verfügt über die entsprechenden Mittel und den Zugang zu Wissen? Um einen wichtigen Bereich zu nennen: Die unter dem hohen Konkurrenz- und Profitdruck der Unternehmen stattfindende Technologieentwicklung muss zum Gegenstand demokratischer Diskussionen und Entscheidungen gemacht werden. Denn die Gentechnologie oder zukünftig verstärkt die Nanotechnologie bestimmen nicht nur die Produktion, sondern auch den Alltag von Menschen und die Verhältnisse der Gesellschaft zu ihren natürlichen Bedingungen (Wullweber 2010). Hier müssen ganz neue Formen demokratischer Politik erfunden werden.

Eine materialistische Sicht auf Menschenrechte betont dabei, dass es nicht nur um staatlich verbriefte Rechte geht, sondern auch um sehr grundlegende, vorstaatliche Rechte wie die Sicherung friedlicher Formen des Zusammenlebens und der Konfliktaustragung sowie grundlegender materieller Lebenschancen und -bedürfnisse. Dies ist ein voraussetzungsvoller Prozess, und die Einhaltung der Menschenrechte hat enorme Implikationen für die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse in Zeiten des neoliberal-imperialen Kapitalismus und seiner Krise. Die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank (begrifflich modernisiert als *poverty reduction strategies*) und der Eliten in den Ländern des globalen Südens mit dem Zwang der Lebensmittelproduktion für den Weltmarkt bedeuten vielfach die alltägliche und brutale Verletzung von Menschenrechten.

Entsprechend darf nicht nur (aber natürlich auch) vom Staat erwartet werden, dass über ihn Gerechtigkeit geschaffen wird. Materialistische Menschenrechtspolitik bedeutet vielmehr, die konkreten Konflikte um die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse wahrzunehmen und emanzipatorische Akteure und Vorschläge zu stärken. Das heißt auch, Verbindungen zu gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnissen herzustellen: zu den imperialen Politiken um „Energiesicherheit“ (die seltsam entkoppelt sind von der Klimadiskussion), den aktuellen Vorschlägen um Agrartreibstoffe und zu Plänen wie der Verwandlung weiter Teile Brasiliens in ein „Saudi-Arabien der Agrartreibstoffe“ sowie zur Thematisierung von lokalen oder regionalen Naturverhältnissen als „globale Probleme“, die am besten mittels Privatisierung bearbeitet würden. Dahinter stehen Interessen und Strategien, die nicht einem einfachen gesellschaftlichen „Oben“ und „Unten“ oder einem internationalen „Nord“ und „Süd“ entsprechen.

Ein weiterer Bestandteil radikaldemokratischer Politik bleibt die Frage nach Verteilung und Gerechtigkeit (Wuppertal Institut 2005). Diese stellt sich gerade bei sozial-ökologischen Politiken, weil der Zugang zu natürlichen Ressourcen, zu Produktions- und Konsumgütern oder zu umweltrelevantem Wissen wichtig ist. Eine Frage von Verteilung und Gerechtigkeit ist auch jene nach den Umweltbelastungen, d.h. den Möglichkeiten, negative Umwelteffekte wie schmutzige Luft oder verödete Landschaften zu externalisieren. Wer wohnt in der Nähe der Fabrikschlote oder in der Einflugschneise des Flughafens? In den USA hat sich vor diesem Hintergrund eine starke Bewegung für Umweltgerechtigkeit (*environmental justice*) gebildet, die dagegen kämpft, dass in den Städten vor allem die ärmere schwarze Bevölkerung stärker von Umweltbelastungen betroffen ist (Kurtz 2002). Umweltprobleme betreffen also nicht „die“ Menschheit, sondern sind verbunden mit Macht- und Verteilungsfragen. Sie entscheiden über gutes Leben heute und in Zukunft, über Gerechtigkeit innerhalb von Gesellschaften und international, zwischen den Klassen und den Geschlechtern.

Dem abstrakten Normativismus eines Großteils der umweltpolitischen Diskussion – staatlicherseits wie auch von Medien und vielen NGOs – gepaart mit dem in teuren Anzeigen und Werbspots veröffentlichten Optimismus der Privatwirtschaft, dass sie die Probleme erfolgreich zu bearbeiten in der Lage ist, wäre ein materialistisches, an Menschenrechten ausgerichtetes Verständnis der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse entgegenzustellen.

Der Katastrophismus und der Imperativ, „sofort“ handeln zu müssen, führt zu wenig demokratischen Politikvorstellungen, zur Aufwertung von Experten und bestehenden Institutionen als Schlüssel zur Problemlösung und zu Appellen, aufgeklärt zu konsumieren. Angesichts der immensen „Weltprobleme“ und des „Handlungsdrucks“ scheint wenig Raum für Herrschaftskritik und eine konsequente Einbeziehung von Menschenrechten zu sein. Katastrophische Vorstellungen sind damit kommensurabel mit den bestehenden Formen der „Post-Politik“ (Swyngedouw 2010).

Eine grundlegende Aufgabe materialistischer Menschenrechtspolitik bleibt aber die theoretische und praktische Kritik bestehender Herrschaftsverhältnisse, um eben diese zu verändern. Die tendenziell universalistische Geltung demokratischer, bestehender und zu entwickelnder, Naturverhältnisse öffnet einerseits den Blick auf die vielfältigen materiellen Herrschaftsverhältnisse und ermöglicht dadurch deren praktische Kritik. Sie entwickelt sich über Konflikte mit den herrschenden und zerstörerischen Formen der Naturausbeutung, nicht durch Blaupausen. Wie wir im Folgenden ausführen werden, impliziert dies eine Kritik der „imperialen Lebensweise“, die staatlich-politisch und ökonomisch vorangetrieben wird und gleichzeitig tief in den Alltagsverhältnissen der „transnationalen Verbraucherklasse“ (Wuppertal Institut 2005) – im Norden wie im Süden – verankert ist. Hier sind in der aktuellen umweltpolitischen Konjunktur der westlichen Metropolen Rückschritte zu verzeichnen. Bis weit in das globalisierungskritische Spektrum werden kritische Argumente daran gemessen, ob sie auch realpolitisch umsetzbar sind (Giegold 2007).

#### *Materialistische Menschenrechtspolitik unter Bedingungen einer hegemonialen imperialen Lebensweise*

Die Bedingungen für einen tief greifenden sozial-ökologischen Wandel sind auch deshalb nicht sehr gut, weil viele Menschen an den gegenwärtigen nicht-nachhaltigen Verhältnissen teilhaben wollen: dicke Autos, tolle Reisen, billige Konsumgüter made in China. In der umwelt- und ressourcenpolitischen Diskussion gibt es kein einfaches Oben und Unten (auch wenn sich in den ökologischen Auswirkungen von Konsummustern durchaus klassen- und geschlechtsspezifische



sche Unterschiede zeigen). Gerade die Menschen in den wohlhabenden Ländern sind ja auf durchaus vorteilhafte Weise in die internationale Umwelt- und Ressourcenordnung eingebunden. Das zeigt sich auch in der aktuellen Krise, in der die Orientierungen an bestimmten Vorstellungen des „guten Lebens“ weiterhin dominieren und damit Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit unhinterfragbar machen.

Ein Begriff, mit dem dieser Sachverhalt in den Blick kommt, ist jener der imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2011a). Bei dieser handelt es sich nicht einfach um einen von unterschiedlichen sozialen Milieus praktizierten Lebensstil, sondern um herrschaftliche Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die tief in die Alltagspraktiken der Ober- und Mittelklassen im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind. „Imperial“ ist die Lebensweise (des globalen Nordens) insofern, als sie einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken<sup>6</sup> andernorts voraussetzt. Die Produktivitäts- und Wohlstandsentwicklung in den Metropolen basierte/auf einer für diese sehr vorteilhaften Welt-Ressourcenordnung (Altvater 1992). Das immense Wachstum während des Fordismus setzte die starke Vernutzung fossiler Rohstoffvorkommen (Kohle und zunehmend Erdöl) und der globalen Schadstoffsenken voraus. Wichtig war ein ständiger relativer Überfluss an preisgünstigen natürlichen Ressourcen auf den Weltrohstoff- und Weltagrarmärkten. Die militärische und politische Dominanz der USA bewirkte eine relative Stabilisierung der weltpolitischen Verhältnisse, die sich auch in dem geregelten Zugriff auf billige Ressourcen wie Erdöl niederschlug.

Mit dem Konzept der imperialen Lebensweise, so unsere These, kann erstens der (scheinbare) Widerspruch erklärt werden, dass es einerseits zu einer realen und gesellschaftlich breit anerkannten Zunahme der Krisenphänomene gesellschaftlicher Naturverhältnisse kommt, andererseits die gesellschaftspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Krisenphänomene aber unzureichend sind. Anders gesagt: Obwohl die ökologische Krise in jüngerer Zeit durchaus politisiert worden ist und auch im herrschenden Diskurs als Problem wahrgenommen wird, scheinen sich die ihr zugrunde liegenden Produktions- und Konsummuster – mit staatlich-politischer Unterstützung – zu verfestigen und global zu verallgemeinern. Norman Myers und Jennifer Kent (2004) ~~schätzen~~ die transnationale Verbraucherklasse der globalen oberen Mittel- und Oberschichten, die vor allem durch ihren Konsum von Fleisch, Autos und Elektrogeräten die Umwelt stark belasten, auf knapp zwei Milliarden Menschen, von denen 850 Millionen im Globalen Norden und 1,1 Milliarden als „neue KonsumentInnen“ im globalen Süden leben (vor allem in 17 südlichen Ländern sowie Russland, Polen und der Ukraine), in China etwa so viel wie in den USA. Damit sollen die absoluten Kon-

Schon immer

schätzten vor  
einigen Jahren

sumniveaus nicht gleichgesetzt werden, aber eine wichtige Entwicklung wird damit angedeutet und stellt die häufig vorgenommene umweltpolitische Nord-Süd-Dichotomie infrage. Diese Verallgemeinerung bedeutet nicht, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass es eine Art breit akzeptierter Entwicklungslogik gibt, die sich wiederum in Strukturzwänge und Handlungsdispositive einschreibt. Die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse muss folglich in engem Zusammenhang mit strukturierten sozialen Macht- und Kräfteverhältnissen und der grundlegenden Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften verstanden werden.

Zweitens geraten aus einer solchen Analyseperspektive einige der in kritischen Krisendiagnosen weniger beachteten Gründe dafür in den Blick, dass sich in der multiplen Krise in emanzipatorischer Hinsicht „so wenig tut“, dass also die nicht zu leugnende Funktionskrise des finanzgetriebenen Kapitalismus sich bislang nicht in eine Legitimationskrise übersetzt hat. Die imperiale Lebensweise mit ihren menschenrechtlichen Exklusionen an vielen Produktions- und Lebensorten und mit ihren sozial-ökologischen „Externalitäten“ verdeutlicht besonders, wie asymmetrisch Menschenrechte gesichert sind.

Insofern geht es umwelt- und ressourcenpolitisch darum, Produktions- und Konsumnormen und die damit verbundene herrschaftliche Lebensweise zu verändern. Dieser Veränderungsprozess ist nicht nur ein staatlich-politischer auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, etwa die Veränderung von Regeln für Unternehmen und KonsumentInnen. So wichtig das ist, so sehr geht es um grundlegende kulturelle Umorientierungen (was bedeutet Wohlstand?). Die Aufgabe besteht darin, attraktive Vorstellungen eines „guten Lebens“ zu schaffen, wobei dieses Leben eben nicht zuvorderst aus dem Glück des Konsums besteht. Hier können wir einiges von den jüngeren Erfahrungen in Lateinamerika lernen, da in Ländern wie Bolivien oder Ecuador angesichts der immer deutlicher werdenden Raserei des globalen Kapitalismus Ansätze des *buen vivir* (gutes Leben) auf der gesellschaftlichen, bis hin zur Verfassungsebene gestärkt werden (vgl. etwa León 2010, Farrah/Vasapollo 2011).<sup>7</sup>

Radikaldemokratische und materialistische Menschenrechtspolitik versucht, in Konflikten jene Ansätze zu stärken, die für eine emanzipatorische Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse eintreten: in den Auseinandersetzungen um sich verändernde soziale Praktiken und Orientierungen sowie um institutionalisierte Umweltpolitiken auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene, in der Forschungs- und Technologieentwicklung, in den schwierig herzustellenden Öffentlichkeiten, in denen Unternehmen andere Strategien abgerungen werden bis hin zu den Kämpfen um andere Verfügungs- und Eigentumsrechte. Hier läuft das aufgeregte Geklapper um eine „grüne Marktwirtschaft“ völlig leer, vermittelt noch nicht einmal eine Ahnung von den enormen Problemen und zu führenden

Auseinandersetzungen und entpuppt sich als Distinktions-Jetton grüner/Parteipolitik.

1 bzw.  
früher -  
bewusstes

Doch in vielen konkreten Konflikten und Vorschlägen schimmert mitunter blass, mitunter kräftig durch, wie eine (Welt-)Gesellschaft als freies und gerechtes, solidarisches und nachhaltiges Zusammenleben assoziierter Individuen aussehen könnte. Nicht als Blaupause, sondern als in einem offenen und konfliktreichen Lernprozess schwierig Herzustellendes.

### *Einige Folgerungen für ein weltgesellschaftliches Bildungsverständnis*

Aus der bisherigen Argumentation ergibt sich, dass eine zentrale Bildungsaufgabe darin besteht, die vielfältigen Aspekte der sozial-ökologischen Krise mit einem materialistischen Menschenrechtsverständnis zu verknüpfen. Nur so können die herrschenden Kräfte und Entwicklungsdynamiken, welche die Menschenrechte allenfalls postulieren, de facto aber unterlaufen, sichtbar gemacht werden. Konflikte um Naturaneignung, die eng mit mannigfaltigen Exklusionen und der Verweigerung des Zugangs zu den Lebensmitteln und der Gestaltung der Lebensbedingungen verknüpft sind, geraten derart in den Blick.

Dies hat Implikationen für die politische, ökonomische und ökologische Bildung (vgl. Köhler/Wissen 2010: 225f.), denn sie müsste den herrschenden Interpretationsrahmen der ökologischen Krise (als Krise „des Planeten“, „der Menschheit“, zu bearbeiten mit staatlicher und intergouvernementaler Politik sowie ökologischer Modernisierung) als solchen ausweisen und Kontroversen darum kenntlich machen. Das bedeutet auch, nicht dem medialen, wissenschaftlichen und staatlichen Katastrophismus auf den Leim zu gehen, der seit Rio 1992 dazu führt, dass sich immer alles ändern soll, sich aber kaum etwas ändert bzw. es in die andere Richtung weiterer ~~Umwelt~~erstörung geht. Das fällt schwer und die enormen Probleme sind ja nicht zu leugnen. Und dennoch: Bildung, die auf Kritik, Aufklärung und Mündigkeit setzt, muss nicht nur Zusammenhänge verdeutlichen, sondern auch den Katastrophismus zurückweisen, der selbst ob der Größe der Aufgabe handlungsunfähig macht und „Lösungen“ den herrschenden Institutionen (Staat, Unternehmen, Wissenschaft) überlässt.

sozial-ökologischer  
2

Eine weitere Aufgabe der – in einem weiten Sinn – politischen Bildung bestünde darin, den engen Bezug auf „Umwelt“ und entsprechende Politiken auszuweiten und mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsdynamiken zu verknüpfen. Die ökologische Krise ist nicht einfach ein Teilbereichs-Problem, das mit marktförmigen und technischen Instrumenten gelöst werden könnte. Vielmehr handelt es sich um eine umfassende Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, deren Überwindung eine grundlegende Veränderung der Produktions- und

Konsummuster erfordert. Die ökologische Krise ist ferner eng mit anderen aktuellen Krisenphänomenen verbunden – so etwa mit der Energiekrise, die sich mit der tendenziellen Erschöpfung der Erdölbestände andeutet und die auch durch die sozial-ökologisch hoch problematische Forcierung der Produktion von Agrartreibstoffen zu bearbeiten versucht wird, mit/Ernährungskrise bzw. den Preissteigerungen für Nahrungsmittel, die auch das Ergebnis einer Verdrängung nachhaltiger subsistenz- oder binnenmarktzentrierter Formen kleinbäuerlicher Landwirtschaft durch eine ressourcenintensive Agrarindustrie sind, oder mit der Wirtschaftskrise, die nicht zuletzt durch neue Formen der Inwertsetzung von Natur zu bearbeiten versucht wird (Brand/Wissen 2001b).

/des

In unserer Argumentation schien bereits auf, dass ein weltgesellschaftliches Bildungsverständnis Erfahrungen in anderen Teilen der Welt exemplarisch berücksichtigen sollte, um Lernprozesse zu ermöglichen (Brand 2010). Aus der herrschenden Perspektive des globalen Nordens werden die meisten Weltregionen zu unbestimmten Loki umgedeutet und vor allem als Funktionselemente der eigenen Weltordnung wahrgenommen: „China“ bzw. „die Chinesen“ werden zu einer Konkurrenz des globalen Nordens und zerstören dabei auch noch die Umwelt, „Brasilien“ produziert seine Agrargüter zu Lasten des Amazonas, der als globale CO<sub>2</sub>-Senke doch so wichtig ist etc. Damit werden Ansatzpunkte dortiger, anderer Entwicklungen und Kämpfe um Menschenrechte schlicht ignoriert. Damit werden aber auch möglichen gemeinsamen transnationalen Auseinandersetzungen und Erfahrungen, für die etwa das Weltsozialforum, aber auch viele politische Kampagnen stehen, die Grundlage entzogen. Auch hier sollte eine weltgesellschaftliche Bildung exemplarisch vorgehen: Was sind Anliegen und Formen der transnationalen wie lokalen Kämpfe um Ernährungssouveränität (Forster 2008)? Welche Ansatzpunkte sucht die Bewegung für Klimagerechtigkeit? Was hat das alles mit dem eigenen Alltag zu tun, mit der Existenz einer imperialen Lebensweise und gleichzeitig mit vielfältigen Handlungsmöglichkeiten? Ein materialistischer Menschenrechtsbegriff bleibt für die gehaltvolle und radikaldemokratische Beantwortung solcher Fragen unverzichtbar.

#### Anmerkungen

← 20-5-12-6

- 1 Siehe auch die Debatte „Die Linke und die sozial-ökologische Frage“ in ak – analyse & kritik ([http://www.akweb.de/themen/daten\\_klima.htm](http://www.akweb.de/themen/daten_klima.htm)).
- 2 Siehe dazu exemplarisch Fücks (2007), Bütikofer (2007) sowie Ausgabe 1/2007 des Magazins der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Grüne Marktwirtschaft. Die große Transformation“.
- 3 Siehe <http://www.die-klima-allianz.de/>.

- 4 TRIPS steht für *Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights* (handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum). Vgl. (Wissen 2005).
- 5 Auzeville Statement on Farmers' Seeds and Farmers' Rights (BIO-IPR docserver, GRAIN Los Banos, 10. April 2003).
- 6 Als Senken werden Ökosysteme bezeichnet, die in der Lage sind Emissionen zu absorbieren, also z.B. Wälder und Ozeane im Falle von CO<sub>2</sub>.
- 7 Doch auch dieses erfahrungsgesättigte Leitbild muss, selbst gegenüber progressiven politischen und sozialen Kräften, gegen die Logik der naturzerstörerischen Weltmarktintegration und des Extraktivismus durchgesetzt werden. Denn letztere ermöglichen den Regierungen ja erst, vermittelt über höhere Staatseinnahmen, die Verteilungsspielräume.

### Literatur

- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München: oekom.
- Altvater, Elmar (1992): Der Preis des Wohlstands – oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte, gegen-hegemoniale Strategien. Hamburg: VSA.
- Brand, Ulrich (2010): Plädoyer für ein kritisch-weltgesellschaftliches Bildungsverständnis. Politische Bildung in Zeiten des (Post-)Neoliberalismus. In: Magazin Erwachsenenbildung <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11.pdf>.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011a): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, 79-94.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011b): Clean Capitalism? Die Inwertsetzung der Natur als Krisenstrategie. In: Wissenschaft & Umwelt INTERDISZIPLINÄR 14 (2011).
- Brunnengräber, Achim (2007): Energiesicherheit First – Klimaschutz Second. Die Klima- und Energiepolitik der G8. In: Melber, Henning/Wilß, Cornelia (Hg.): G8 Macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.
- Bütikhofen, Reinhard (2007): Wie wird die Marktwirtschaft grün? In: Khor, Martin et al., 154-159.
- Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad (1997). Third World Political Ecology. London and New York: Routledge.
- Demirović, Alex/Walk, Heiko (Hg., 2011): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Farah H., Ivonne/Vasapollo, Luciano (Hg., 2011): Vivir bien: ¿Paradigma no capitalista? La Paz: CIDES-UMSA et al.
- Forster, Franziskus (2008): Ernährungssouveränität: Alternativen, Widerstand und Perspektive. In: Kurswechsel 3, 59-69.
- Fücks, Ralph (2007): Den Turbo auf Grün schalten. Ökologische Marktwirtschaft. In: Politische Ökologie, 25. Jg., Heft 106-107, 81-84.
- Gehring, Kai (2010): Sich für den Widerspruch öffnen. Zur Shell-Jugendstudie 2010. In: Freitag, Nr. 41, 11.

H 93-105

/Leersieder

- Giegold, Sven (2007): Brauchen wir eine Revolution? In: Khor, Martin et al. (2007), 165-170.
- Görg, Christoph (2003): Zurück zum Nebenwiderspruch? Naturverhältnisse in der Globalisierungskritik. In: Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) (Hg.): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Berlin, Hamburg und Göttingen: Assoziation A, 70-83.
- Green New Deal Group (2008): A Green New Deal. Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices. Summary. New Economics Foundation, London. ([www.neweconomics.org/gen/uploads/2ajogu45c1id4w55tofmpy5520072008172656.pdf](http://www.neweconomics.org/gen/uploads/2ajogu45c1id4w55tofmpy5520072008172656.pdf))
- Harvey, David (2004): Die Geographie des „neuen“ Imperialismus. Akkumulation durch Enteignung. In: Zeller, Christian (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 183-215.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im nationalen Kapitalismus. Amsterdam/Berlin: Edition id-Archiv.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change): Climate Change 2007: Synthesis Report, Genf 2007([www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch)).
- Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochen-schau-Verlag, 217-227.
- Kurtz, Hilda E. (2002): The Politics of Environmental Justice as the Politics of Scale: St. James Parish, Louisiana, and the Shintech Siting Controversy. In: Herod, Andrew/Wright, Melissa W. (Hg.): Geographies of Power. Placing Scale. Malden MA: Blackwell, 249-273.
- Myers, Norman/Kent, Jennifer (2004): The New Consumers. The Influence of Affluence on the Environment. Washington: Island Press.
- Khor Martin et al. (2007): Klima der Gerechtigkeit. Das Buch zum 3. McPlanet.com-Kongress. Hamburg: VSA.
- León, Irene (Hg., 2010): Sumak Kawsay / Buen Vivir y cambios civilizatorios. Quito: fe-daeps.
- Narr, Wolf-Dieter (2003): Introvertierte Imperialismen und ein angstgeplagter Hegemon. Für eine utopische Transzendenz der Globalisierungskritik. In: PROKLA 133, 33. Jg. Nr. 4, 575-598.
- Stern, Nicholas (2006): Stern Review on the Economics of Climate Change: [www.hm-treas-ury.gov.uk/independent\\_reviews/stern\\_review\\_economics\\_climate\\_change/sternreview\\_index.cfm](http://www.hm-treas-ury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/sternreview_index.cfm).
- Swyngedouw, Erik (2010): Apocalypse Forever? Post-political Populism and the Spectre of Climate Change. In: Theory, Culture & Society 27 (2-3), 233-53.
- UNEP (2009): A Global Green New Deal. Executive Summary. 1-21. Nairobi. ([www.unep.org/greeneconomy/docs/ggnd\\_Final%20Report.pdf](http://www.unep.org/greeneconomy/docs/ggnd_Final%20Report.pdf)).
- Wissen, Markus (2005): TRIPS. In: Wissenschaftlicher Beirat von Attac (Hg.): ABC der Globalisierung. Hamburg: VSA, 194-195.
- Wissen, Markus (2010): Klimawandel, Geopolitik und „imperiale Lebensweise“. Das Scheitern von „Kopenhagen“ und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik. In: Kurswechsel 2, 20-38.

- Wissen, Markus (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wullweber, Joscha (2010): Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt. Baden-Baden: Nomos.
- Wuppertal Institut (2005): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München: Beck.

*Dieser Beitrag ist die überarbeitete und erweiterte Version eines Textes, der im Jahrbuch 2008, „Die globale Transformation menschenrechtlicher Demokratie“, des Komitees für Grundrechte und Demokratie erschienen ist.*